

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Geb. Anstalt, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohs mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.  
Einschmnummer 10 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatillzeile  
30 M., die 30 mm breite Reklamzeile 1,50 M. für auswärtige An-  
zeigen 35 M. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-  
suche 40 Proz. Rabatt. Für Vertriebsbelegung 10 M.

Nr. 95

Dresden, Sonnabend den 24. April 1926

37. Jahrg.

## Strefemanns überschlaue Halbheit

Herr Strefemann hat mit seinen Verhandlungen mit Rußland über ein Vorkommen sehr schlau sein wollen, ist aber vor lauter Diplomatenchlaube recht dumm verfahren. Er wollte den Anchein erweisen, nicht geheim zu verhandeln, deshalb informierte er die Boarino-Mächte. Aber vor dem deutschen Volke hielt er seine Schritte geheim. Diese Unklarheit nirgends Verständnis ausgelöst. Es gibt eben nur eine: entweder völlige Geheimhaltung oder volle Öffentlichkeit. Hoffentlich ist Strefemann noch fähig, für die Zukunft zu lernen.

Ein schwerer Schlag gegen Strefemann war das Aufschreiben der Tschekoslowakei an die Völkerbundstaaten. Herr Benesch sollte an die Entenmähte nur Bezug auf den deutsch-russischen Vertrag eine Reihe von Fragen gerichtet haben, deren Formulierung als eine unangenehme und beleidigende Ermüdung in deutsche Angelegenheiten empfunden wurde. Besonders die erste dieser Fragen berührte höchst unangenehm. Sie lautete nach der russischen Presse: „Mit der deutschen Verhandlung des Völkerbunds mit anderen Mächten und mit dem Völkerbund, soweit sie das Interesse der beiden Länder betreffen, nach Moskau mitteilen?“ In Berlin erblickte man in ihr die verheißene Ankündigung, daß Deutschland sich zur diplomatischen Indiskretion, ja zu einer Art von diplomatischer Spionage zugunsten Rußlands verpflachte.

Nun werden von Prag aus zwei Feststellungen gemacht. Einmal, daß die Fragen nicht so lauteten, wie behauptet wurde, und zum andern, daß sie den englischen Außenminister auf dessen ausdrücklichen Wunsch unterbreitet worden seien. Obenberlain habe, nachdem er durch den britischen Gesandten in Prag von dem Verhalten der tschechischen Regierung bezüglich des Vertrages unterrichtet worden sei, Herrn Benesch als einen besonderen Kenner des Völkerbundstatuts aufgefordert, die Fragen zusammenzustellen, die der Klärung bedürften.

Denn das die Wahrheit sein sollte, so stellte sich die

Angelegenheit viel milder dar. Aber warum hat die deutsche Regierung nicht sofort in Prag angefragt und die deutsche Presse, die tagelang gegen Benesch tobte, informiert? Sie muß doch begreifen, daß Geheimverhandlungen mit Rußland die andern Völkerbundstaaten mit Mißtrauen erfüllen, da sie an ihren Ergebnis beteiligt oder benachteiligt sein können. Herr Strefemann hätte von vornherein alle in Betracht kommenden Regierungen unterrichten müssen, vor allem auch die Tschekoslowakei. Jetzt heißt es, daß erst vor einigen Tagen Herr Strefemann Herrn Benesch Mitteilungen gemacht hat. Ob sie nun oder wirklich in einer Reihe erfolgten, die jeden Zweifel ausschließt, ist immer noch die Frage. Denn die Mitteilungen Strefemanns, die er z. B. England gemacht hat, müssen doch eben recht zweifelhaft oder mangelhaft gewesen sein, sonst könnte Chamberlain nicht Benesch mit der Fragenformulierung beauftragt haben.

Die ganze Angelegenheit wird noch viel Auseinandersetzungen zur Folge haben. Aus Berlin kommt die Meldung, daß das Berliner Tageblatt wissen will, der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages steht nun unmittelbar bevor. Hoffentlich stimmt das. Dann wird endlich Klarheit geschaffen werden können. Das deutsche Volk hat das dringendste Interesse daran, daß mit den Methoden der alten Geheimdiplomatie endlich Schluss gemacht wird. Hier gibt es keine Halbwahrheiten, wie Strefemann überschlau verfahren wollte, sondern nur volle Offenheit und Ehrlichkeit. Hoffentlich hat das dem Herrn Außenminister im Reichstage so deutlich klar gemacht, daß derartige Dinge nicht wieder verübt werden.

### Botschafter v. Hoersch Vertreter Deutschlands

T. Genf, 23. April. (Eig. Draht.) Die deutsche Reichsregierung teilte dem Völkerbundsekretariat mit, daß sie sich in der Studiekommission für die Reorganisation des Völkerbundes betreten lasse. Man nimmt hier an, daß Herr v. Hoersch vom Reichsdeputierten des auswärtigen Amtes, Ministerialrat Gauß, be-

## Gespannte politische Lage

Der Arbeitsplan des Reichstages

H. F. Der Reichstag tritt nach einer knapp vierwöchigen Osterpause am Dienstag wieder zusammen. Eine Anzahl Ausschüsse haben in der eben verflochtenen Woche bereits in langen Sitzungen getagt. Besonders im Rechtsausschuß ging es recht lebhaft zu. Nach den jetzt vorliegenden Dispositionen wird das Parlament bis zum 26. Juni liegen. Tägliches Tagungsprogramm werden zu können, — wenn nichts dazwischenkommt. Zu Pfingsten gibt es eine vierzehntägige Pause, sonst bleiben nur noch wenige Tage von Plenarsitzungen frei. Abgeordnete und Regierung können es sich nicht so gemütlich machen, wie z. B. im Sächsischen Landtag.

Vorläufig wird die innerpolitische Lage beherrscht von der Frage des Volksentscheids. Wie bekannt, führte auch das vierte vorliegende Kompromiß der bürgerlichen Parteien für ein Fürstentumsabfindungsgesetz im Rechtsausschuß. Schon bei Beratung der ersten zwei Paragraphen zu großer Komplikationen. Unter solchen Umständen ist nicht mehr daran zu denken, daß, wie es Absicht war, diese Vorlage zu Beginn des Reichstages an das Plenum gelangen kann. Die Regierungsparteien geben sich in dieser Hinsicht freilich die größte Mühe; aber es wird alles nichts nützen. Ihre Position ist vorläufig in der Sache nicht gerade glänzend. Der § 2 wurde abgelehnt, weil sich die Konstitutionalisten enthielten, die Linke aber dagegen stimmte. Dieser Fall wäre beinahe schon bei der Abstimmung über § 1 eingetreten. Von 24 Stimmen erhielt er nur die zehn der drei Regierungsparteien, vier waren dagegen, zwölf enthielten sich, — wir und die Deutschnationalen. Die Sozialdemokraten wollten noch abwarten. Bei § 2 aber ergab sich abermals die Ablehnung aller unserer Verbesserungsvorschläge. Das veranlaßte die sieben sozialdemokratischen Mitglieder, einzig in dieser Auffassung, den § 2 strikte abzulehnen. Da es sich dabei um die wichtigsten Bestimmungen des ganzen Gesetzes — unter anderem auch um die Frage der Rückwirkung — handelt, wurde nach diesem Ergebnis die Sitzung sofort abgebrochen. Die Vertreter der Regierungsparteien und der anwesende Justizminister Dr. Marx machten recht lange Gesichter. Man hatte sich die Sache doch so schön ausgedacht: die einzelnen Paragraphen werden mit veränderten Wehrheiten angenommen, auf eine Schlussabstimmung im Ausschuß wird verzichtet. Diese Rechnung ist bereits jetzt in die Brüche gegangen. Man wird sich schon im Ausschuß um eine Mehrheit bemühen müssen, die sicher ist. Das wird freilich um so schwerer sein, als die Regierung eine Zweidrittelmehrheit für nötig hält. Die aber ist ohne die Sozialdemokratie schwer zu erreichen. Wir aber denken nicht daran, uns durch ein Kompromiß den Volksentscheid verkümmern zu lassen. Wenn die Regierungsparteien kein gutes Gesetz machen wollen — und das wollen sie nicht! —, dann müssen sie bis an den letzten Mann der äußersten Rechten appellieren. Dann aber wird das Gesetz so schlecht, daß es nur ein neuer Anstoß zum Volksentscheid sein wird. Entweder mit bis ganz links oder rechts — das ist hier die Frage! Nun springe, Regierung. Der Reichskanzler selbst hat nach dem Auftauchen der „Krise“ im Rechtsausschuß sofort in den Gang der Dinge eingegriffen. Auch den Demokraten scheint in Rücksicht auf die Stimmung im Volke nicht ganz wohl zumute zu sein. Das konnte man aus verschiedenen ihrer Erklärungen im Ausschuß entnehmen. Einige Male gingen sie bei Abstimmungen nicht mit den Regierungsparteien. Immer wieder tritt der mächtige Eindruck bei den Ausschüßberatungen in Erscheinung, den der Ausfall des Volksbegehrens auch auf die Folgenfolgen daraus zu ziehen, sind sie in ein arges Dilemma geraten.

So hat die Regierung schon wieder einmal allerhand Sorgen. In den Blättern taumt man von der Möglichkeit einer Regierungskrise. Das ist sicher, soweit die Fürstentumsfrage in Betracht kommt, zur Zeit nur eine mühselige Kombination. Jetzt ist jedoch eine andre Sache aktuell geworden, deren innerpolitische Bedeutung man nicht unterschätzen soll! Das ist die Frage eines Volksentscheides über die Aufwertung. Darüber ist die Reichsregierung offenbar äußerst nervös geworden. Luther hat sich schon mit Parteiführern unterhalten, denen gegenüber er kein Gehl aus den schwereren Bedenken machte, die die Regierung gegenüber dieser Aktion hat. Den Bedenken entspricht der Beschluß, die Aufwertungsfrage über zu entscheiden. Die Regierung will zu diesem Zweck eine Novelle zum Volksentscheidgesetz einbringen. Dazu wird auch nach Meinung der Regierung im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein, um die Sache durchzuführen und schießt zu machen. Ob die Novelle eine solche erlangt, ist mehr als fraglich. Andererseits sagt die Regierung, und zwar mit vollem Recht, daß eine abermalige Aufwertung der Aufwertungsfrage, und etwa gar ein Erfolg im Sinne eines Gesetzes durch Volksentscheid, die mit Mühe erreichte Stabilität der Währung in größte Gefahr bringen dürfte. Ebenso Haushalt und Reichsfinanzen. Es muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß unter solchen Umständen eine derartige Aufwertungsaktion den einzelnen Sparern und Gläubigern nichts nützt. Denn eine neue Inflation

## Bayerns Kampf gegen die Republik

Die Sturmgruppen gegen Reichsbanner und Rote Frontkämpfer

München, 24. April. (Eig. Draht.)

Die sich unermüdet wieder verstärkenden Bestrebungen der sogenannten Vaterländischen Organisationen in Bayern haben in München u. a. auch zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft geführt, um eine nationale Wehrfront gegen das Reichsbanner und den Roten Frontkämpferbund zu schaffen. Es handelt sich dabei um den Versuch, die im November 1923 aufgelösten nationalsozialistischen Sturmtruppen, unter Führung des Kriegsbundes und der Regimentsvereinigungen, wieder aufzurichten.

Die aktivistische Arbeit innerhalb der Bayerischen Volkspartei will man dadurch gewinnen, daß man aus dieser Arbeitsgemeinschaft jede Parteipolitik und alle religiösen Streitfragen ausschließt. Im praktischen Arbeit zu leisten, sollen sich die Vaterländischen Verbände u. a. zur Übernahme folgender Aufgaben verpflichten:

Jeder Verband stellt aus den körperlich tüchtigsten und instruierlichsten Kameraden eine Sturmgruppe auf, die eine Jugendbrigade anzugliedern ist. Jeder Verband bringt die Ausrüstung der Sturm- und Jugendgruppe aus eigenen Mitteln auf. Die Uniformierung erfolgt nach einheitlichen Grundrissen unter Vorbehalt der Reichswehruniform. Es werden gemeinsame Übungen abgehalten. Bei Alarm versammeln sich die Gruppen auf einem Stammpunkt zur Verfügung der Regierung und erwarten dort deren Befehle.

### Rupprecht von Wittelsbach konspiziert unentwegt

B. München, 24. April. (Eig. Draht.)

Im Dezember sollte bei einer Aussprache im Landtag der nationalsozialistische Aktionsplan der bayerischen Exzentriker in die politische Behauptung des bayerischen Exzentriker im Jahr 1920 gemacht und u. a. dabei behauptet, daß Rupprecht von Wittelsbach in jener Zeit mit seinen Zusammengehörigen bei der Vorbereitung einer nationalsozialistischen Revolution in Bayern tätig gewesen sei. Rupprecht selbst er ließ, daß Rupprecht am 23. Dezember mit den beiden nationalsozialistischen Abgeordneten Selffert und Dr. Herz eine vierstündige Unterredung gehabt habe. Die Beratungen zu dieser Unterredung sollen diese nationalsozialistischen Pläne des Exzentrikergruppen beinhalten.

Herr Rupprecht verteidigt die Bremer Volkszeitung, welche damals einen Bericht über diese Verhandlungen im nationalsozialistischen und aus dem Grund einer Mitteilung der nationalsozialistischen Partei, als Vermittler jener Zusammenkunft der nationalsozialistischen mit Rupprecht den Reichstagsabgeordneten Dr. Gaidemeyer von Bremen an. Dieser

verklagte daraufhin die Bremer Volkszeitung mit der Behauptung, er habe mit jenen Unterredungen gar nichts zu tun. Der Vertreter der Bremer Volkszeitung, Rechtsanwalt Sachger, stellte an das Große Schöffengericht in Bremen, vor dem das Exzentrikerparteiorgan verhandelt worden ist, den Antrag, über die Wahrheit der sämtlichen von der Bremer Volkszeitung aufgeführten Behauptungen Rupprecht von Wittelsbach als Zeugen zu laden. Das Große Schöffengericht in Bremen ordnete daraufhin auch an, daß der Zeuge Rupprecht von Wittelsbach zunächst auf Einvernehmen sei. Der Verweislag wurde richten sein, bekräftigt.

Die eblidie Vernehmung des bayerischen Exzentriker fand nun dieser Tage vor dem Amtsgericht in Verden statt. Nach der eblidie Aussage des Exzentriker und nach der Festlegung des Zeugen durch den beim Termin anwesenden Verteidiger der Bremer Volkszeitung dürfte es jetzt sehr eblidie sein, warum der nationalsozialistische Exzentrikerführer in Verden am Sonntag seine Rede im Dezember 1925 mit einem eblidie Ruf an den Erben unferer bayerischen Kaiserin und sein kaiserliches Haus geschlossen hat. Die nationalsozialistische Exzentriker mit preußischen deutschnationalen Abgeordneten am 23. Dezember 1920 im Schloß von Regensburg eine geheime Aussprache hatte, wird künftighin nicht mehr bestritten werden können. In diesem Punkte sind heute schon die Meinungen von sozialdemokratischer Seite gemachten Mißverständnisse als wahr erwiesen. Am Fortgang dieses interessanten Prozesses wird es voraussichtlich möglich sein, durch weitere eblidie Vernehmungen auch noch sehr bemerkenswerte Einzelheiten aus dem politischen Leben und Treiben des bayerischen Exzentriker zu erfahren.

### Hitler diktiert — die Polizei pariert

B. München, 24. April. (Eig. Draht.)

Die sozialdemokratische Frauenorganisation Münchens hatte für gestern Abend eine Aufführungsversammlung anberaumt, in der der Frau Genosse Dr. Marcuse über Geburtenrückgang und den Polizeiminister sprechen sollte. Da Hitler in seinem Organ die sozialdemokratische Frauenorganisation aufrief und für den Sprengungsabsichten drückte, hat die Polizeidirektion im letzten Augenblick dem nationalsozialistischen Verlangen stattgegeben und die Versammlung verboten.

In der Begründung des Verbots wird u. a. gesagt, daß bei der bekannten Einstellung des Reichs zur Abtreibungsfrage nicht an der Frage, daß die Frau nicht vom wissenschaftlichen Standpunkt aus erörtert werde, sondern daß die Frauen so befreit werden sollen, daß sie im familiären Verantwortungsbereich in der Abtreibung etwas moralisch Erlaubtes, in bestimmten Fällen sogar in Notwendigkeit sei, müsse eine solche Erörterung als unstatthaft angesehen werden. Aus diesem Grunde erfolge das Verbot.